

Die Zinspolitik der EZB Ein Kollateralschaden

Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die das Hochschrauben der Zinsen durch die EZB kritisch sehen.

Es ist eigentlich ganz einfach:

Eine Erhöhung der Leitzinsen bremst vor allem die Wirtschaft. Damit einhergehend wird auch die Inflation etwas gedämpft.

Die primäre Wirkung ist eindeutig: Der Weg führt in die Rezession.

Um die Inflation zu bekämpfen, gibt es zielführendere Maßnahmen.

Inflationsbekämpfung

Es mag retro klingen:

In den 70er-Jahren war ich im Büro des damaligen Handelsministers Staribacher ("Happy Peppi") tätig. Es gab wöchentlich einen Preisgipfel mit den Sozialpartnern und mit Wirtschaftstreibenden. Anschließend eine Pressekonferenz.

Das war damals der Standard - warum ist das heute nicht mehr möglich?

So war das damals :

Der Handel wurde beispielsweise dazu gedrängt, die Preise für Milch und Butter nur geringfügig zu erhöhen, hatte dafür aber freie Hand bei Sekt und Kaviar (willkürliche Beispiele), sowie bei einem Dutzend weiterer nicht im Warenkorb enthaltener Luxusprodukte.

Jede inflationsdämpfende Maßnahme, die versäumt wird, rächt sich bitter. Die Preise steigen und gehen in die Kalkulationen der gesamten Wirtschaft ein. Auch die Lohnforderungen werden berechtigterweise höher.

Der Automatismus, dass Preise an den VPI gekoppelt werden, wirkt sich desaströs aus.

Ein Beispiel: Die Mietpreisbremse hätte schon vor einem Jahr beschlossen werden müssen. Die Kategoriemieten beispielsweise hätten ohne Budgetbelastung gedeckelt werden können. Die Hausbesitzer hätten eben etwas weniger Einnahmen gehabt. Beschlossen wurde aber eine Stütze aus Budgetmitteln, die angeblich den Mietern zukommt, von diesen aber an die Vermieter weitergereicht wird. Ein Beispiel für rücksichtslose Klientelpolitik!

Auch ist nicht einzusehen, warum die Mieten überhaupt an den VPI gebunden sein sollen. Die ursprünglichen Preistreiber sind die Energiekosten. Die zahlt aber der Mieter und nicht der Vermieter.

Wenn ein Preis im Warenkorb des VPI enthalten ist und der Preis mit dem VPI steigt, führt das (abhängig von der Gewichtung) zu exponentiellen Steigerungsraten.

Die Gewichtung ist dabei wichtig: Da jede Einzelposition nur einen kleinen bis winzigen Anteil am gesamten Warenkorb hat, fällt der Zusammenhang kaum auf. Nehmen wir an, **der gesamte Warenkorb hätte eine solche VPI-Bindung**, dann würde die aktuelle Inflation durch die VPI-Bindung einzementiert. Aus einer aktuellen Preissteigerung von 6%, werden dann im Jahresabstand 9%, 12%, 19%, 34%, 60%...

Investitionskredite

Investitionskredite zu belasten ist wenig sinnvoll - genau diese undifferenzierte Vorgangsweise geschieht mit der Leitzinserhöhung der EZB.

Die Folge ist vor allem in der Bauwirtschaft zu sehen. Auch Industrieinvestitionen werden zurückgehalten.

Die besondere Schädlichkeit höherer Zinsbelastung bei Investitionen ergibt sich auch aus dem Steuersystem. Um die **Abschreibungen auf mehrere Jahre aufteilen zu können, ist eine Kreditfinanzierung von Vorteil**. Es mag sein, dass eine Investition aus Eigenmitteln durchaus finanzierbar wäre, dennoch wird aus steuerrechtlichen Gründen oft eine Kreditfinanzierung gewählt.

Wie lässt sich die Wirkung der hohen Leitzinsen abmildern? (Trick 1)

Wenn die EZB nicht bald eine Kehrtwende vollführt und die Leitzinsen wieder senkt, ist es zweckmäßig, mit dem Bankensektor eine Vereinbarung zu treffen, dass ein voll besicherter Kredit (durch Hinterlegung eines - gut verzinsten - Habenkontos) mit einem nur minimalen Aufschlag für Investitionskredite ermöglicht wird. Das soll für alle betrieblichen Investitionen (B2B) gelten und für Investitionen im Wohnbau (hier auch B2C).

Sollte sich im Bankensektor in diese Richtung nichts bewegen, könnte eine staatliche Bank (Öffentlich-rechtliches Kreditinstitut) dafür einspringen. Andernfalls wäre zu überlegen, eine Banklizenz für diesen Zweck zu erwerben.

Der Erwerb einer Banklizenz ist auch ohne Mehrheit im Nationalrat (beispielsweise auch durch Oppositionsparteien) möglich.

Eine neu gegründete Bank könnte nebenbei auch attraktive Sparzinsen bieten (knapp unterhalb der Einlagefazilität der EZB). Das Risiko dieses Kreditinstituts wäre praktisch 0, da alle Einlagen bei der EZB angelegt werden und aus der Differenz Sparzinsen und Einlagefazilität bloß die Fixkosten zu finanzieren sind.

Leitzinsen haben auch Wirkung auf die Forschungsfinanzierung! (Trick 2)

Das Forschungsfinanzierungsgesetz (FoFinaG) enthält einen FTI-Pakt mit taxativ aufgezählten (universitären) Forschungseinrichtungen. Eine Einbeziehung von industrieller Forschung stößt auf Hindernisse im EU-Recht (Wettbewerbsverzerrung).

Lässt sich der oben geschilderte Finanzierungstrick durch Besicherung mittels eines Habenkontos - aus welchen Gründen immer - nicht realisieren, so soll mittels Gesetzesinitiative

eine steuerrechtliche Aufteilung der Forschungsinvestitionen auf beispielsweise 10 Jahre ohne Bankkredit ermöglicht werden. Damit würde für die Finanzierung von Forschungsvorhaben die Zwischenschaltung eines Kreditinstituts - somit eine hohe Zinsenbelastung - wegfallen.

Erforderlich ist allerdings eine Mehrheit im Nationalrat, die möglicherweise für Forschungsfinanzierung leichter zu realisieren ist, als für alle industriellen Investitionen.

Konsumkredite

Es mag sinnvoll sein, nur die Konsumkredite zu verteuern. Wenn man diesen Weg gehen will, erfordert dies einige Überlegungen.

Es müsste ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der stets durch Verordnung angepasst werden kann.

Dazu ist noch zu bedenken, dass der Konsum nicht immer über Bankkredite läuft, sondern auch der Handel selbst Teilzahlungsmodelle anbietet. Wenn Bankkredite teurer werden, verlagert sich die Zwischenfinanzierung noch mehr als bisher zum Handel.

Für Bestellungen im Ausland müsste ebenfalls Vorsorge getroffen werden.

Insgesamt stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß Konsumkredite überhaupt durch die Kreditwirtschaft abgewickelt werden und nicht zu einem erheblichen Teil durch Teilzahlungsmodelle des Handels.

Die Leitzinserhöhung der EZB verfolgt alle diese Überlegungen nicht.

Wenn Investitionskredite (siehe oben) durch eine Investitionsbank günstig abgewickelt werden, wäre die Anwendung des Leitzinsmodells für Konsumkredite theoretisch in Ordnung. Es ist aber anzunehmen, dass von der Elektronik bis zum Autokauf fast alle neu aufgenommenen Kredite über den Handel abgewickelt werden. Banken sind erst bei Umschuldungen gefragt und bei Wohnkrediten, gerade die sollten aber nicht verteuert werden.

Der Handel mit Schuhen und Bekleidung leidet zur Zeit unter mangelnder Nachfrage. Das dürfte weniger auf die Leitzinspolitik der EZB zurückzuführen sein, sondern darauf, dass neben den Kosten für Energie, Mieten und Lebensmittel viele nicht in der Lage sind, diese (oft durchaus aufschiebbaren) Ausgaben zu finanzieren.

Der Einfluss von Kreditzinsen dürfte marginal sein - allenfalls bei Inanspruchnahme von Kontoüberziehungen. Damit werden vor allem finanziell schwache, wenig informierte Personen getroffen.

Konsumentenschutz

Konsumkredite sollen - ganz abseits der Leitzinsen - aus Sicht der Konsumenten neu gedacht werden.

Speziell problematisch sind Zahlungsaufschübe und Teilzahlungen durch den Handel. Die Belastungen sind fast immer viel höher als die Kosten für einen Kredit. Wiederkehrende Zahlungen sind für unterdurchschnittlich verdienende Personen gefährlich. Man lässt sich leicht von kleinen Beträgen täuschen und hat mal dort 20 Euro, woanders 25 Euro monatlich oder 50

Euro jährlich zu bezahlen. Das fällt oft erst auf, wenn es zu spät ist. Treffpunkt Schuldnerberatung.

Ergänzung zur "Button-Lösung" der EU

Daher soll für kleine Beträge eine genaue Deklarationspflicht gelten, egal, ob der Vertrag elektronisch, persönlich oder auf Papier abgeschlossen wird. Die Kosten sollen aufgegliedert und vergleichbar sein. Kunden sollen daher wissen, dass das Mobiltelefon nicht 0 Euro kostet, sondern z.B. mindestens 24x25 Euro (automatische Verlängerung), sohin in Summe mindestens 600 Euro. Die Brille kostet nicht 11 Euro sondern 264 Euro. Das gleiche gilt für Streamingdienste, Cloudspeicher etc. Ebenso sind Premiummitgliedschaften, Vorteilsclubs etc. zu beurteilen.

Alle diese Regelungen sollen selbstverständlich auch für Angebote aus dem Ausland gelten. Rücknahmeverpflichtungen sollen nur bei inländischen Angeboten gültig sein, da sonst das Verbot der Vernichtung neuwertiger Ware umgangen werden kann.

i

i Dieses Dokument wurde in September 2023 erstellt und spiegelt die gerade aktuelle Situation.